

BA

14. Februar 2007

Antrag

**In der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses
am 14. Februar 2007:**

„Kyoto-Protokoll auch in Hilden umsetzen!“

Der Rat der Stadt Hilden möge nach Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung beschließen:

1. Die Stadt Hilden verstärkt ihre Bemühungen, die Emissionen klimaschädlicher Gase zu reduzieren. Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Energiebilanz zu erstellen, die zuverlässige Daten zur Erhebung einer Hildener CO₂-Bilanz liefert. Diese Daten sollen Basis für die Entwicklung einer städtischen klimapolitischen Konzeption sein.

2. Der Bürgermeister wird aufgefordert, in enger Kooperation mit den Stadtwerken folgende Maßnahmen zu prüfen und die Prüfergebnisse dem Stadtentwicklungsausschuss vorzulegen:

Strom:

- Bezug von Öko-Strom für die städtischen Liegenschaften
- Erhöhung des Eigenstromanteils der Stadtwerke aus regenerativer bzw. klimaneutraler Stromerzeugung
- Förderung der Fotovoltaik auf städtischen Gebäuden sowie auf privatem Sektor
- kostenlose Bereitstellung geeigneter Dachflächen kommunaler Gebäude oder Gebäude städtischer Unternehmen für Fotovoltaik-Anlagen
- Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ohne eigene Gebäude an Fotovoltaik-Projekten durch Gründung einer Beteiligungsgesellschaft zur Errichtung und für den Betrieb einer Solaranlage (so genannte „Bürgersolaranlage“)
- durch Einbeziehung und Unterstützung der Stadtwerke Hilden GmbH die Errichtung von Bürgergemeinschaftssolaranlagen vorzubereiten
- Programm für Energieeffizienz in der Stadt
- Neuauflage des Energiesparprogramms für die städtischen Schulen und Erweiterung auf alle städtischen Gebäude
- Beschaffung energiesparender Geräte
- Ausbau der Energieberatung

Wärme, Gas:

- Förderung der Wärmedämmung städtischer Gebäude
- emissionsarme Heizungsanlagen verstärkt einsetzen,
- Überprüfung, wo weitere Blockheizkraftwerke zum Einsatz kommen könnten

- Förderung der Solarthermie, Geothermie und Wärmepumpen

Verkehr:

- Umstellung von vorhandenen Fahrzeugen auf LPG oder vorzugsweise Erdgas
- Beschaffung emissionsarmer Fahrzeuge nach dem neuesten Stand der Technik;
- Selbstverpflichtung, bis 2012 nur noch Fahrzeuge zu beschaffen, die im Durchschnitt nicht mehr als 120g CO₂/km emittieren
- weitere Förderung des Fahrradverkehrs und des Umweltverbundes, z. B. durch Schaffung neuer Fuß- und Radwege sowie durch Komfortsteigerung
- autofreier Sonntag als Event, z.B. auf der B228 von Wuppertal-Düsseldorf

Bauen:

- Bebauungspläne und Entwicklungsvorhaben klimapolitisch optimieren, z.B. durch Gebäudeausrichtung
- Grünflächen erhalten und ausbauen
- bei Bebauungsplanverfahren, vorhabenbezogenen Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen alle planungsrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Bau energetisch hocheffizienter Gebäuden zu verstärken
- in Bebauungsplänen regelmäßig Festsetzungen zum Einsatz regenerativ erzeugter Energie (Solar/Geothermie, Biomasse, Fotovoltaik) zu treffen sowie durch Festsetzungen in Bebauungsplänen, städtebaulichen Verträgen u. a. dafür Sorge zu tragen, dass bei Neubauten verstärkt Fernwärme, KWK und Biomasse sowie solare und geothermische Wärmeerzeugung eingesetzt wird

Öffentlichkeitsarbeit:

- Werbung für Klimaschutzmaßnahmen in der breiten Öffentlichkeit, insbesondere in den Kindergärten und Schulen
- Werbung für den Umstieg auf Bus und Bahn
- Information der Bürgerinnen und Bürger über die Bedeutung des Klimaschutzes

3. Die städtische Wirtschaftsförderung sollte sich verstärkt um die Ansiedlung von Unternehmen der regenerativen Energietechnik kümmern.

4. Die Stadtverwaltung legt dem Ausschuss bis zur Sommerpause einen Sachstandsbericht sowie einen Aktionsplan vor, damit die Ziele des Klimaschutzes in unserer Stadt zügig erreicht werden können.

5. In den kommunalpolitischen Gremien, insbesondere im Stadtentwicklungsausschuss, werden bei jeder Entscheidung, die Verkehrs-, Bau- oder Planungsangelegenheiten betreffen, die klimatischen Auswirkungen bewertet.

Begründung:

Auch Hilden ist dem „Klimabündnis“ beigetreten, um vor dem Hintergrund drohender globaler Klimaveränderungen einen lokalen Beitrag zum Schutz der Erdatmosphäre zu leisten. Ein wesentliches Ziel ist die Reduzierung des aus der Verbrennung fossiler Energieträger resultierenden Kohlendioxids (CO₂). Durch den Beitritt zum Klimabündnis ist die Stadt damit eine Selbstverpflichtung eingegangen, die Emissionen von CO₂ pro Einwohner bis zum Jahr 2010 zu halbieren und später schrittweise zu senken

Damit die Ziele des Kyoto-Protokolls erreicht werden, müssen auf allen Ebenen – EU, Bund, Länder und Kommunen – entschlossene Klimaschutzmaßnahmen ergriffen werden. Den Städten kommt hierbei eine wichtige Rolle zu, insbesondere wegen der Kohlendioxid-Emissionen des Verkehrs sowie der Wohngebäude.

Die ehrgeizigen Ziele können nur erreicht werden, wenn umgehend weit reichende Maßnahmen für die Reduktion der Emissionen vor allem in den Bereichen Haushalte und Verkehr ergriffen werden, da hier der größte Teil der Emissionen verursacht wird. Außerdem ist in diesem Bereich die Anwendung vieler Instrumente möglich, die nachhaltiges Wirtschaften mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze verbinden. Zu einem klimapolitischen Maßnahmenpaket gehören daher vordringlich weitere Schritte zur energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes und einer verbesserten Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Eine in öffentlich-privater Partnerschaft organisierte Gemeinschaftssolaranlage

- wäre ein weiterer Beitrag, die durch Beitritt zum Klimabündnis beschlossene Selbstverpflichtung der Stadt zum Klimaschutz einzulösen;
- böte den BürgerInnen und Bürgern die Möglichkeit, Solarstrom auch ohne eigene Dachfläche zu produzieren;
- würde Vertrauen in diese innovative Form der Stromerzeugung schaffen;
- böte einzelnen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz mit einer sicheren Geldanlage zu verbinden;
- würde die Voraussetzung für professionelle Planung und Betrieb sowie optimale Nutzung der Fördermöglichkeiten einer solchen Anlage schaffen.

Eine Bürgergemeinschaftssolaranlage oder kurz Bürgersolarkraftwerk ist eine i. d. R. über eine Beteiligungsgesellschaft errichtete und betriebene Solaranlage. Das Besondere dabei ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger auch mit relativ geringem Kapital (z. B. 1.000 €) an solch einer Anlage beteiligen können. Die Refinanzierung der Investition erfolgt auf Grundlage des Gesetzes zur Einspeisung regenerativ erzeugten Stromes, kurz EEG.

Mit den autofreien Erlebnistagen entwickelt sich in den letzten Jahren in einigen Regionen Deutschlands eine neue Freizeitkultur. Eine sonst viel befahrene Bundes- oder Landesstraße wird für einen Sonntag auf einer Länge zwischen 15 und 140 Kilometern für den Autoverkehr gesperrt. An der Strecke, insbesondere in den anliegenden Städten, werden Musik und Verpflegung angeboten. Zehn- bis Hunderttausende Besucher nutzen diese Gelegenheit und sind zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit Inline-Skates oder mit Pferdekutschen unterwegs. Sie genießen es, die Idylle der Landschaft ohne Verkehrslärm zu erleben, in der frischen Luft unterwegs zu sein und die Heimat auf eine neue Art kennen zu lernen. Von Jahr zu Jahr werden es mehr Landschaften, die so einmal im Jahr für den motorisierten Verkehr gesperrt werden.



Franz D. Schnitzler, sachkundiger Bürger
"Bürgeraktion Hilden"

11

11

Anlage: Kernpunktepapier des BUND

Kernpunkte des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung

Die Bundesregierung wird noch dieses Jahr mit einem neuen Klimaschutzprogramm das Maßnahmenpaket auf den Weg bringen, mit dem die Beschlüsse der Europäischen Union umgesetzt werden sollen. Um eine 30%ige Reduktion der Treibhausgase bis 2020 zu erreichen, müssen 147 Mio. t im Vergleich zu heute gemindert werden. Das reicht aber nicht. Eine Reduktion um 40 % bedeutet dagegen eine Senkung von 270 Mio. t gegenüber dem Niveau von 2006.

Erste Ergebnisse von Studien im Auftrag der Bundesregierung zeigen, dass das machbar ist. Die 270 Mio. t können danach bis 2020 in acht Maßnahmenbereichen erbracht werden:

- Die Reduktion des Stromverbrauchs um 11 % durch massive Steigerung der Energieeffizienz: Dies bringt 40 Mio. t
- Erneuerung des Kraftwerksparks durch effizientere Kraftwerke: 30 Mio. t
- Steigerung der Stromerzeugung durch erneuerbaren Energien auf über 27%: 55 Mio. t
- Verdoppelung der effizienten Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung auf 25%: 20 Mio. t
- Reduktion des Energieverbrauchs durch Gebäudesanierung, effiziente Heizungsanlagen und in Produktionsprozessen: 41 Mio. t
- Steigerung der erneuerbaren Energien im Wärmesektor auf 14%: 14 Mio. t
- Steigerung der Effizienz im Verkehr und Steigerung der Biokraftstoffe auf 17%: 30 Mio. t
- Reduktion der Emissionen von anderen Treibhausgasen wie z.B. Methan.: 40 Mio. t.

Ziel für Hilden:

Die Stadt Hilden schließt sich den Zielen der Bundesregierung an und leistet ihrerseits einen ehrgeizigen Beitrag zur Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase.

Schwerpunkte hierbei sind:

- Die Reduktion des Stromverbrauchs durch massive Steigerung der Energieeffizienz
- Steigerung der effizienten Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung
- Reduktion des Energieverbrauchs durch Gebäudesanierung, effiziente Heizungsanlagen und in Produktionsprozessen
- Steigerung der erneuerbaren Energien im Wärmesektor

Umsetzung:

Auf eine aufwändige Gesamt-Energie-Bilanz wird verzichtet.

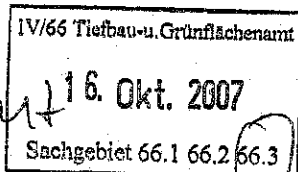
Sobald beschlossen ist, eine konkrete Maßnahme zur Energieeinsparung umzusetzen, erfolgt in diesem Bereich eine Feststellung der bisherigen Verbräuche. Auf diese Weise entfällt eine aufwändige Bestandsaufnahme, aber ein einfacher Vorher-Nachher-Vergleich wird möglich.

Maßnahmen:

- Beratung durch die EnergieAgentur.NRW mit dem Ziel, ein vorbildliches Konzept zum Energiesparen in allen öffentlichen Gebäuden der Stadt Hilden und bei den Unternehmen der Stadt wie z.B. den Stadtwerken zu entwickeln (Bestandsaufnahme, Benchmarking und Erarbeitung eines Energiespar-konzeptes mit Umsetzungsplan inkl. jährlicher Fortschreibung) unter Einbeziehung der Mitarbeiter (Hausmeister!) und Nutzer (z.B. Lehrer, Schüler als Teil des Lernens – z.B. auch ALmöHi)
- Ausbau der Energieberatung mit Einsatz von Energieberatern (durch Stadt und Stadtwerke und beauftragte, qualifizierte Handwerksbetriebe), die von Haus zu Haus und von Firma zu Firma gehen, um bei der Umsetzung von Energiesparplänen zu helfen (Niedrigenergie-Ziele für Altbauhäuser – entsprechende Pakete und Beispiele sind bei der EnergieAgentur.NRW dokumentiert und sind mit entsprechend geschulten Architekten und Handwerkern umgesetzt werden)
- sofortige Umstellung des Strombezugs auf regenerativ erzeugten Strom

- Neustart des Energiesparwettbewerbs an Hildener Schulen und Kindergärten nach den Sommerferien 2007 mit Auslobung einer HildenerEnergieSparSchule des Jahres (Einsparungs % im Vergleich zum Vorjahr)
- Umstellung des Fahrzeugparks auf Fahrzeuge mit minimalstem Energieverbrauch /Schadstoffausstoß mit Kontrolle und Veröffentlichung der günstigsten Verbrauchswerte im Internet – Fahrer/Fahrzeug des Quartals -
- Ausschreibungen und Beschaffungen unter Klimaschutzgesichtspunkten:
 - Kauf von energieeffizienten Geräte und Anlagen (Energieeffizienzklasse A+(+))
 - Einbau von Energiesparlampen
 - Beschaffung von Holz nur FSC –zertifiziertes Material (Zertifizierungssystem zum Schutz und zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder)
- Aufnahme einer Klimaschutz-Variante in den Sitzungsvorlagen für den Rat d.h.: zu allen Neu-, Ersatzbeschaffungen wird eine klimaneutrale Variante vorgeschlagen mit Bezifferung der Mehrkosten und langfristige (20 Jahre) Rentabilitätsprognose.
- Im Rahmen der Bauleitplanung beachten Rat und Verwaltung zukünftig die folgenden Grundsätze:
 - Die Bauleitplanung soll künftig stets Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 23 Buchstabe b BauGB enthalten. Die Verwaltung macht hierzu bei jedem Entwurf eines Planes Vorschläge für Festsetzungen, die die Installation von Solaranlagen oder von anderen Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien (etwa Geothermie) verlangen.
 - Die Verwaltung achtet bei der Erstellung von Bauleitplänen stets darauf, dass die Festsetzungen von Ausrichtung und Höhe von Gebäuden „solartauglich“ sind. Bei den Verwaltungsvorlagen für Bebauungspläne sollen stets Ausführungen über die Solartauglichkeit der Festsetzungen erfolgen.
 - Rahmenpläne zur Stadterneuerung sind unter dem Gebot der Reduzierungsziele des städtischen Klimaschutzprogramms weiterzuentwickeln.
- Aktionstage: mit dem Fahrrad zum Waldschwimmbad
- Aktionstage: Autofreie Einkaufssonntage





Gerresheimer Straße 26
40721 Hilden

Tele.: 02103/46110

Fax: 02103/360246

gruene.hilden@t-online.de

Hilden, 10.10.07

Stadtentwicklungsausschuss am 10.10.07
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
„Maßnahmenkatalog zur CO2-Minderung“

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt einen verbindlichen Maßnahmenkatalog mit ersten konkreten Schritten zur CO2-Minderung zu entwickeln, in dem u.a. folgende Punkte enthalten sein sollen:

Bauleitplanung:

- Bei der Aufstellung neuer Baupläne sind die Gebäude so auszurichten, dass die Beschattung minimiert und die Möglichkeit des Einsatzes von Solarenergie optimiert wird.
- Bei der Vermarktung städtischer Grundstücke werden ökologische und energetische Standards über den gesetzlichen Rahmen hinaus fest geschrieben
- In Hilden wird für die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit einer „Energie- und Bauberatung“ geschaffen (staatliche Förderung, Energieeinsparung usw.), die auch in Kooperation mit dafür kompetenten Partnerinnen und Partnern durchgeführt werden kann.
- Berücksichtigung von Klimaschutz-Aspekten bei Bebauungsplänen

Gebäudeunterhaltung

- Alle Dächer städtischer Gebäude, die dafür geeignet sind, werden entweder durch die Stadt selbst oder von Dritten für Fotovoltaikanlagen genutzt.

Fuhrpark

- Das Bürgermeisterfahrzeug und der Kleinbus werden durch Erdgasfahrzeuge (wenn erforderlich bivalente Fahrzeuge) ersetzt.

Verkehr

- Die Verwaltung unternimmt einen erneuten Versuch, in Hilden eine Car-Sharing-Station einzurichten

Begründung:

Wie die Sitzungsvorlagen zeigen, gibt es in Hilden schon vielfältige Bemühungen, den CO₂-Ausstoß zu verringern.

Wichtig ist es jedoch, konkrete Maßnahmen verbindlich fest zu schreiben, die sich innerhalb von zwei Jahren umsetzen lassen,


Susanne Vogel

Margret Stankowski - Anträge zum Klimaausschuss

Von: Marianne Münnich <gruene.hilden@t-online.de>
An: "Maximilian Rech" <Maximilian.Rech@hilden.de>
Datum: Fr, Okt 12, 2007 12:14
Betreff: Anträge zum Klimaausschuss
Anlagen: 0701010 Maßnahmenkatalog Klimaschutz.doc; HH2007 011301 energetische Optimierung.xls; HH2007 011301 Fotovoltaik.xls; HH2007 011302 Stromverbrauch.xls

Sehr geehrter Herr Rech,
als Anhang erhalten Sie unseren etwas modifizierten Antrag zum Thema Klimaschutz.
Außerdem füge ich auch unsere Anträge zum Haushalt bei, die ebenfalls Berücksichtigung in Ihrer
Zusammenstellung finden sollen, soweit deren Inhalt nicht im aktuellen Antrag enthalten ist.
Ein schönes Wochenende wünscht

Marianne Münnich
Fraktionsgeschäftsführerin
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Ratsfraktion Hilden
Gerresheimer Str. 26
Tel.: 02103-46110
Fax: 02103-360246
www.gruenehilden.de

Π

Π



Gerresheimer Straße 26
40721 Hilden

Tel.: 02103/46110
Fax: 02103/360246
gruene.hilden@t-online.de

Hilden, 10.10.07

Stadtentwicklungsausschuss am 10.10.07
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
„Maßnahmenkatalog zur CO2-Minderung“

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt einen verbindlichen Maßnahmenkatalog mit ersten konkreten Schritten zur CO2-Minderung zu entwickeln, in dem u.a. folgende Punkte enthalten sein sollen:

Bauleitplanung:

- Bei der Aufstellung neuer Bebauungspläne sind die Gebäude so auszurichten, dass die Beschattung minimiert und die Möglichkeit zur Gewinnung von Solarenergie optimiert wird. Auch andere mögliche Klimaschutz-Aspekte sind zu berücksichtigen
- Bei der Vermarktung städtischer Grundstücke werden ökologische und energetische Standards über den gesetzlichen Rahmen hinaus fest geschrieben
- In Hilden wird für die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit einer „Energie- und Bauberatung“ geschaffen (staatliche Förderung, Energieeinsparung usw.), die auch in Kooperation mit dafür kompetenten Partnerinnen und Partnern durchgeführt werden kann.

Gebäudeunterhaltung

- Auf alle geeigneten städt. Dächern sind sukzessiv Solaranlagen zu errichten, die entweder von der Stadt selbst oder von Dritten zu betreiben sind.
- Der Gebäudeunterhaltungsplan wird wie folgt überarbeitet: Soweit nicht Sicherheits- und Substanzerhaltung eine Baumaßnahme an städtischen Gebäuden zwingend erforderlich machen, hat die Steigerung der Energieeffizienz Priorität. Bei allen Baumaßnahmen ist die zu erwartende Energieeinsparung zu ermitteln und dem Ausschuss mitzuteilen. Außerdem ist jährlich ein Bericht zur Energiebilanz der einzelnen Gebäude der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften vorzulegen (mit Vergleichszahlen aus den Vorjahren und Erläuterungen über Auswirkungen von baulichen und anderen Maßnahmen).

Fuhrpark

- Bei der Anschaffung städt. PKWs und Kleintransporter werden ausschließlich Erdgas betriebene oder bivalente Fahrzeuge berücksichtigt. Ferner ist zu prüfen, bei welchen städt. Autos sich eine Umrüstung - in Hinblick auf die verbleibende Nutzungsdauer - noch lohnt.

Verkehr

- Die Verwaltung unternimmt einen erneuten Versuch, in Hilden eine Car-sharing-Station einzurichten

Begründung:

Wie die Sitzungsvorlagen zeigen, gibt es in Hilden schon vielfältige Bemühungen, den CO₂-Ausstoß zu verringern.

Wichtig ist es jedoch, konkrete Maßnahmen verbindlich fest zu schreiben. In einem ersten Schritt sollen Projekte aufgezeigt werden, die sich innerhalb von zwei Jahren umsetzen lassen, bzw. Beschlüsse gefasst werden, die sofort Anwendung finden.

Susanne Vogel

Änderungsantrag zum Haushalt 2007

☐ 1. Ergebnishaushalt

Bitte auswählen

Produktnummer	011301 Gebäudeunterhaltung
Rubrikennummer	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

☐ Ertrag ☒ Aufwand

Änderungsvorschlag in € für				
2007	2008	2009	2010	oder 2007 - 2010

Bitte nur Änderungsbeträge eingeben und mit einem + oder - versehen!!!

Begründung

☐ 2. Investitionen (Finanzhaushalt)

Bitte auswählen

Investitionsnummer	
--------------------	--

Änderungsvorschlag für				
2007	2008	2009	2010	oder 2007 - 2010

Bitte nur Änderungsbeträge eingeben und mit einem + oder - versehen!!!

Begründung

☒ 3. Sonstige Anträge

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, jährlich die CO₂-Bilanz bei mindestens einem städtischen Gebäude durch folgende Maßnahmen zu verbessern: -Nutzung von Energieeinsparpotentialen nach dem neusten Stand der Technik, - Errichtung einer Anlage zur Erzeugung regenerativer Energie.

Begründung

Der aktuelle Klimabericht hat vor Augen geführt, dass nur ein schnelles Umsteuern noch eine Klimakatastrophe verhindern kann. Die Stadt ist hier sowohl als Eigentümerin als auch als "Modell" für Bürgerinnen und Bürger gefordert.

Unterschrift(en)

Stand 21.02.2007

Änderungsantrag zum Haushalt 2007

1. Ergebnishaushalt

Bitte auswählen

Produktnummer	011301 Gebäudeunterhaltung
Rubriknummer	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

☐ Ertrag ☒ Aufwand

Änderungsvorschlag in € für				
2007	2008	2009	2010	oder 2007 - 2010

Bitte nur Änderungsbeträge eingeben und mit einem + oder - versehen!!!

Begründung

2. Investitionen (Finanzhaushalt)

Bitte auswählen

Investitionsnummer	
--------------------	--

Änderungsvorschlag für				
2007	2008	2009	2010	oder 2007 - 2010

Bitte nur Änderungsbeträge eingeben und mit einem + oder - versehen!!!

Begründung

3. Sonstige Anträge

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen erforderlicher Sanierungsarbeiten Dächer städtischer Gebäude und die ihrer Töchter, die sich für die Fotovoltaiktechnik eignen, entsprechend vorzubereiten mit dem Ziel, eigene Fotovoltaikanlagen zu installieren oder die Dächer Dritten für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Der 3. Klimabericht der UN hat für Alle die Notwendigkeit dokumentiert, umgehend Schritte zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes einzuleiten. Dazu trägt auch eine Umwelt schonende Energieerzeugung durch die Fotovoltaiktechnik bei.

Unterschrift(en)

Änderungsantrag zum Haushalt 2007

☐ 1. Ergebnishaushalt *Bitte auswählen*

Produktnummer	011302 Bewirtschaftung
Rubriknummer	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

☐ Ertrag ☒ Aufwand

Änderungsvorschlag in € für				
2007	2008	2009	2010	oder 2007 - 2010
12.500,00	22.000,00	44.000,00	66.000,00	

Bitte nur Änderungsbeträge eingeben und mit einem + oder - versehen!!!

Begründung

Die Stadt bezieht ab Mai 2007 zu 10% von den Stadtwerken Ökostrom. Dieser Anteil erhöht sich ab 2008 um weitere 10% jährlich. Sollten die Stadtwerke nicht über ausreichend Ökostrom aus den Fotovoltaikanlagen in Hilden verfügen, so ist die Restmenge von den Stadtwerken am Markt (unabhängig vom augenblicklichen Strommix) zu beschaffen.

☐ 2. Investitionen (Finanzhaushalt) *Bitte auswählen*

Investitionsnummer	
--------------------	--

Änderungsvorschlag für				
2007	2008	2009	2010	oder 2007 - 2010

Bitte nur Änderungsbeträge eingeben und mit einem + oder - versehen!!!

Begründung

--

☐ 3. Sonstige Anträge

Antrag

--

Begründung

--

Unterschrift(en)

Stand 21.02.2007

D

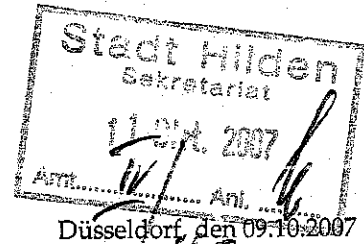
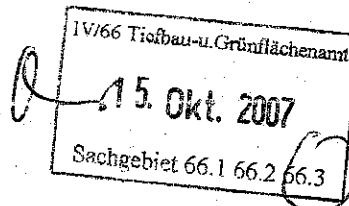
IP

TATEN STATT WARTEN!

Anlage 5
GREENPEACE
Greenpeace-Gruppe Düsseldorf

Stadtverwaltung Hilden
Herr Bürgermeister Günter Scheib
Am Rathaus 1

40721 Hilden



Betreff: Klimaschutz aktuell / Gemeinden im Vergleich

Sehr geehrter Herr Scheib,

im Mai 2007 haben wir 23 Gemeinden in der Region angeschrieben und gebeten, bei unserem „Vergleich der Gemeinden“ mitzumachen. Wir haben leider nur 7 Antworten erhalten, dafür einige davon sehr ausführlich und mit überraschenden Ideen zur Effizienzsteigerung, Energieeinsparung und zum Klimaschutz.

Wir möchten uns bei allen recht herzlich bedanken, die mitgemacht haben.

Ziel unserer Umfrage war und ist es:

- Ideen aus den Gemeinden zu sammeln, die bereits umgesetzt wurden oder in Planung sind,
- diese Ideen an alle angeschriebenen 23 Gemeinden weiter zu geben, was wir hiermit tun.
- alle Gemeinden aufzufordern zu prüfen, welche Ideen auch in der eigenen Gemeinde kurzfristig und mittelfristig sinnvoll umgesetzt werden können.

Es hat sich herausgestellt, dass gerade durch Effizienzsteigerung Kosten eingespart werden. Die Investitionen amortisieren sich, die Stadtkasse wird mittelfristig entlastet.

Wir haben uns dazu entschieden, die eingegangenen Antworten möglichst unverändert wiederzugeben. Sollten wir Ihre Antwort versehentlich nicht korrekt erfasst haben, bitten wir Sie, uns dies bis zum 31.10.07 mitzuteilen. Wir planen die Veröffentlichung über die Presse und werden etwaige Berichtigungen selbstverständlich berücksichtigen.

Weiterhin möchten wir folgendes anregen:

Den Aufbau eines Netzwerks, auf welches Gemeinden überregional Zugriff haben, um Ihre lokalen Aktionen untereinander bekannt geben zu können. Damit haben die lokalen Energieverantwortlichen immer die Möglichkeit, sich über den Erfolg einer Maßnahme vor der eigenen Umsetzung bei anderen Gemeinden zu informieren. Dadurch können ggf. Zeit oder auch aufwendige Gutachten auf ein Minimum reduziert werden.

Greenpeace-Gruppe Düsseldorf
-Salzmannbau-
Himmelgeister Str. 107

40225 Düsseldorf

Tel.: 0211/ 9053357
E-Mail: gp-duesseldorf@gaia.de
www.greenpeace.de/duesseldorf

Greenpeace e.V.
Große Elbstraße 39
22767 Hamburg

Tel.: 040/30618-0
Fax: 040/30618-100
mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Greenpeace ist
vom Finanzamt als
gemeinnützig aner-
kannt. Spenden sind
steuerabzugsfähig

TATEN STATT WARTEN!

GREENPEACE
Greenpeace-Gruppe Düsseldorf

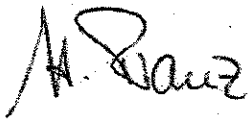
Über Ihr kritisches Feedback zu unserer Umfrage bzw. weitere Anregungen würden wir uns freuen.

Wir sind uns bewusst, dass Sie in Ihrer Gemeinde bereits umfangreiche Analysen zur Effizienzsteigerung und Energieeinsparung durchgeführt haben. Wir möchten Sie dennoch bitten, sich diesem wichtigen Thema immer wieder aufs Neue zu stellen und sinnvolle Maßnahmen aktiv anzugehen. Die Umwelt, unsere Kinder und auch Ihre Stadtkasse werden es Ihnen danken.

Wir haben nur diese eine Erde und können uns Verzögerungen im Klimaschutz nicht mehr leisten. Ressourcen werden knapper und teurer. Wenn wir uns jetzt nicht vorbereiten, wann dann?

Vielen Dank für Ihre Beteiligung, für Ihre Aufmerksamkeit und für Ihren aktiven Beitrag.

☐ Vielen Dank und herzliche Grüße aus Düsseldorf



Hendrik Franz
Greenpeace Gruppe Düsseldorf

☐ Greenpeace-Gruppe Düsseldorf
-Salzmännbau-
Himmelgeister Str. 107
40225 Düsseldorf

Tel.: 0211/ 9053357
E-Mail: gp-duesseldorf@gaia.de
www.greenpeace.de/duesseldorf

Greenpeace e.V.
Große Elbstraße 39
22767 Hamburg

Tel.: 040/30618-0
Fax: 040/30618-100
mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Greenpeace ist
vom Finanzamt als
gemeinnützig aner-
kannt. Spenden sind
steuerabzugsfähig

Greenpeace Gruppe Deutschland

1 / 2

Nr. Gemeinde	Photovoltaik / Thermie	Stromversorgung	Gebäudedämmung	Wärmeversorgung	Energiesparlampen	Fuhrpark	Recycling-Papier	Beschaffung	Bürger-Beratung	Sonstiges
5 Langenfeld	* Prüfung Möglichkeiten Bürgersolaranlage auf einem städt. Gebäude * geplante Maßnahmen im Bereich des Gebäudemanagements: Photovoltaik-Anlagen auf Sparhalle sowie Feuerwache und Fertigstellung eines "Dach-Katasters" der für Photovoltaik-Anlagen geeigneten Flächen auf öffentl. Gebäuden der Stadt	* öffentliche Anschreitung zu Strombezug ohne Angebot eines Ökostrom-Anbieters -> Strombezug bei konventionellem Anbieter mit 15,8% Anteil Ökostrom	* Dach- und Fassadenbegrünungen sowie Fensterbegrünungen an zahlreichen öffentl. Gebäuden	* Erneuerung Heizkesselanlagen, Beleuchtungsanlagen und Elektroinstallations an zahlreichen Gebäuden * geplante Maßnahmen im Bereich des Gebäudemanagements: Erneuerung Beleuchtung Real- und Hauptschule sowie Erneuerung Heizkesselanlagen in 5 Gebäuden	* geplante Maßnahmen im Bereich des Gebäudemanagements: Erneuerung Beleuchtung Real- und Hauptschule	* Anschaffung eines zweiten Erdspeichers geplant * 7 Dienstfahrzeuge für städtische Mitarbeiter		* Beschaffung von Energieeffizienz elektrischer Geräte bei Neuschaffung (Kooperation von Stadt, Subjekten und Verbrauchszentren wird diskutiert)	* Als Energieberatungsstellen fungieren Verbraucherzentrale und Kundenrat der Stadtwerke RWE (Kooperation von Stadt, Subjekten und Verbrauchszentren wird diskutiert)	
6 Merbusch	* Prüfung von Möglichkeiten einer Bürgersolaranlage auf einem städt. Gebäude * Gebäudemanagements: Ausrichtung Gebäude nach Süden ohne Verschattung von Nachbargebäuden zur potentiellen Nutzung von Solarenergie		* bei Verkauf öffentl. Gebäude an priv. Investoren sind energetische Standards zu vereinbaren, die über den gesetzlichen Vorgaben liegen * für alle öffentl. Neubauten ist Wärmeschutzniveau nach Passivhausstandard anzustreben * Erstellung Energieausweise, aufbauend darauf Maßnahmenkatalog zur energetischen Optimierung zu erarbeiten			* es sind vorrangig PKW mit Nachrüstung von Dieselfahrzeugen mit Rußfiltern * Beschaffung von LKW nach Norm EURO 5		* Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit sollen zielgruppenspezifische Informationsveranstaltungen angeboten werden * Jährliche Erstellung eines Energieberichts der Stadtverwaltung	* Teilnahme an European Energy Award angestrebt * Ziel: Gewinnung von Betrieben zur Teilnahme an Ökopark (Ökologisches Projekt für integrierte Umweltschutz des Landes NRW) * Förderung bewussten Nutzerverhaltens in öffentlichen Gebäuden: Erarbeitung eines Konzeptes wonach teilnehmende Einrichtungen an eingesparten Energiekosten beteiligt werden sollen * Klimaschutzkonzept der Stadt beschlossen am 17. April 2007	
7 München-gladbach				* Einsatz von Energiesparlampen in öffentl. Gebäuden	* Berücksichtigung des Einsatzes umweltverträglicher Treibstoffe			* Dienstverweisung sieht umweltschonende Beschaffung vor	* Stadtverwaltung ist beauftragt worden, Klimaschutzkonzept zu erarbeiten	